



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

77. Sitzung (öffentlich)

17. Dezember 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:00 Uhr bis 9:10 Uhr

9:25 Uhr bis 9:30 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes und des Landesforstgesetzes, des Landeswassergesetzes und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10149

Der **Ausschuss** verständigt sich auf den Kreis der Anzuhörenden und die an diesen zu richtenden Fragen gemäß **Anlage 1** und **Anlage 2** zu diesem Ausschussprotokoll.

Aus der Diskussion

Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes und des Landesforstgesetzes, des Landeswassergesetzes und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10149

Ausschussvorsitzende Marie-Luise Fasse begrüßt alle Anwesenden und teilt mit, einberufen habe sie die Sitzung gemäß § 52 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags von Nordrhein-Westfalen auf Antrag der Koalitionsfraktionen.

Friedhelm Ortgies (CDU) regt an, in der heutigen Sitzung von einer inhaltlichen Diskussion abzusehen. Zunächst solle die Anhörung abgewartet werden. Diese Anhörung beantrage hiermit namens der Koalitionsfraktionen.

Svenja Schulze (SPD) moniert den Verfahrensgang: Bereits Anfang des Jahres sei bekannt gewesen, dass das UGB gescheitert sei, so dass Einzelgesetze erforderlich seien. Die einschlägigen Texte lägen seit August vor. Trotzdem sei die Koalition nicht in der Lage gewesen, ihr von der Bundesgesetzgebung abweichendes Gesetz im Rahmen eines vernünftigen Zeitplans durch das Parlament zu bringen. Sogar eine eigene Sitzung sei vonnöten, damit die Koalition ihren Zeitplan einhalten könne. Es sei an der Zeit, dass die Koalition abgelöst werde.

Holger Ellerbrock (FDP) plädiert dafür, ungeachtet nachvollziehbarer Kritik gemeinsam einen Zeitplan zu erstellen, den die Mehrheit im Ausschuss ansonsten selber durchsetzen müsse. Schaureden zu halten, helfe nicht weiter.

Wolfram Kuschke (SPD) erinnert an seinen Vorhalt in der plenaren Beratung, dass die "lockere Form der Beratung durch die Koalition" nicht nachvollziehbar sei. Immerhin bestehe erheblicher Zeitdruck. Das neue Bundesnaturschutzgesetz sei außerdem schon seit August bekannt. Die erforderliche Umsetzung hätte rechtzeitig erfolgen können.

Zum Vorschlag der **Ausschussvorsitzenden**, für die Anhörung am 27. Januar 2010 mögen sich die Referenten und der Ausschussassistent zum Kreis der Sachverständigen und den zu stellenden Fragen verständigen, ergibt sich im **Ausschuss** eine kontroverse Diskussion.

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
77. Sitzung (öffentlich)

17.12.2009
SI/DNS

Laut Geschäftsordnung, so **Johannes Remmel (GRÜNE)**, seien in dem Beschluss zu einer Anhörung der Termin sowie die Expertinnen und Experten zu benennen. Ein entsprechendes Papier liege nicht vor.

Nach einer fortgesetzt kontroversen Diskussion zum Zeitpunkt für eine neuerliche Sitzung, in der das Verfahren gemäß Geschäftsordnung eingestelt werden solle, beantragt **Holger Ellerbrock (FDP)** eine Sitzungsunterbrechung.

(Sitzungsunterbrechung von 9:10 Uhr bis 9:25 Uhr)

Der **Ausschuss** verständigt sich auf den Kreis der Anzuhörenden und die an diesen zu richtenden Fragen gemäß **Anlage 1** und **Anlage 2** zu diesem Ausschussprotokoll.

gez. Marie-Luise Fasse
Vorsitzende

2 Anlagen

hoe/22.12.2009/08.01.2010

154